



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

51. Sitzung (öffentlich)

8. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Karl Peter Brendel (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Aktuelle Viertelstunde	1
<u>hier:</u> Videokontrolle von KFZ-Kennzeichen	
Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Innenminister Dr. Fritz Behrens entgegen und führt darüber eine Aussprache.	
2 16. Datenschutzbericht 2003 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen	4
Vorlage 13/2000	
<u>Und:</u>	

Stellungnahme der Landesregierung zum 16. Datenschutzbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen

Vorlage 13/2332

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG -

12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4611

Der Ausschuss stellt die Beratungen über den Gesetzentwurf zurück.

4 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4586
Zuschrift 13/3491

Einstimmig empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Gesetzentwurf anzunehmen.

5 Modellregion OWL fördern und unterstützen

14

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4562

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Aus-

schuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Antrag der CDU-Fraktion für erledigt zu erklären.

- 6 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)** 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über den Gesetzentwurf bis zum Eingang der Voten der mitberatenden Ausschüsse sowie der angeforderten Stellungnahme durch die Kommunalen Spitzenverbände zu vertagen.

- 7 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen** 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3014

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Migrationsangelegenheiten, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion abzulehnen.

- 8 Erziehung zu fundamentalistischem Islamismus in NRW verhindern** 18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4594 - Neudruck

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

9 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) 19

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4564

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratungen über den Gesetzentwurf zu vertagen.

10 Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen 20

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4616

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

11 Polizei neu aufstellen - Polizeireform jetzt 20

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4399

Vorlage 13/2470

Zuschrift 13/3475

- Vorbereitung einer öffentlichen Anhörung (keine Beratung)

Der Ausschuss verständigt sich auf Folgendes:

- Jede Fraktion kann bis zu zwei Sachverständige benennen. Daneben werden die drei Polizeigewerkschaften eingeladen.
- Das Thema der Anhörung ist der Antrag der FDP-Fraktion.
- Termin und Einzelheiten werden in einem Obleutegespräch vereinbart.

12 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen 21

Vorlage 13/2491

Der Ausschuss wurde ordnungsgemäß gehört.

13 Weg vom Punktesystem - Neues Beurteilungssystem für die Polizei 21
- (Erfahrungs)Bericht des Innenministers

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

14 Vertrag mit der Firma TeleCash - BARVUS-Verfahren 25
- Bericht des Innenministers

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Thema einen schriftlichen Bericht des Innenministeriums entgegenzunehmen.

Ausschuss für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
51. Sitzung (öffentlich)

08.01.2004

rt-be

die Gefahr mittlerweile minimiert. Dennoch bleibt die grundsätzliche Frage, ob eine andere Aufgabenorganisation nicht sinnvoll ist.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag einstimmig, den 16. Datenschutzbericht 2003 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen - Vorlage 13/2000 - und die Stellungnahme der Landesregierung zum 16. Datenschutzbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Beauftragten für das Recht auf Information Nordrhein-Westfalen - Vorlage 13/2332 - zur Kenntnis zu nehmen.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG -

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4611

Stellv. Vorsitzender Karl Peter Brendel teilt mit, der Gesetzentwurf sei durch Landtagsbeschluss vom 11. Dezember 2003 auch an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Die kommunalen Spitzenverbände seien mit Datum vom 15. Dezember 2003 zur Stellungnahme aufgefordert worden. Diese und die Voten der mitberatenden Ausschüsse stünden noch aus.

Der **Ausschuss** kommt überein, die Beratung zu diesem Gesetzentwurf zu vertagen.

4 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4586
Zuschrift 13/3491

Stellv. Vorsitzender Karl Peter Brendel teilt mit, dem Innenausschuss obliege die Mitberatung. Die Federführung liege beim Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, dessen Beratung am 4. Februar 2004 abgeschlossen werden solle.

Monika Düker (GRÜNE) plädiert dafür, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. Die kommunalen Spitzenverbände seien zur Stellungnahme aufgefordert worden.

Ausschuss für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
51. Sitzung (öffentlich)

08.01.2004

rt-be

lungnahme bis zum 9. Januar 2004 aufgefordert worden. Ihres Wissens liege diese bislang noch nicht vor. Eine Beschlussfassung vor Eingang einer Stellungnahme werde in der Regel nicht gerne gesehen. Des Weiteren habe ihre Fraktion noch Beratungsbedarf. Ihre Fraktion wolle nicht das Verfahren aufhalten, allerdings auch niemanden vor den Kopf stoßen. Auch der Ausschuss für Kommunalpolitik habe diesen Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abgegeben.

Theo Kruse (CDU) legt dar, seine Fraktion sei stets für einen zügigen Beratungsverlauf. Die CDU-Fraktion hätte dem Gesetzentwurf der Landesregierung zugestimmt, da dieser Gesetzentwurf eine ganze Reihe von Punkten enthalte, die auch in dem Antrag seiner Fraktion unter dem nächsten Tagsordnungspunkt enthalten sei. Es bestehe also ein breiter fraktionsübergreifender Konsens. Von daher habe seine Fraktion nichts dagegen, dem federführenden Ausschuss zu empfehlen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen. Hiermit verbinde er die Hoffnung, dass die Koalitionsfraktionen dem entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Horst Engel (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion unterstütze den Gesetzentwurf der Landesregierung. Von daher könne über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der heutigen Sitzung abgestimmt werden.

Jürgen Jentsch (SPD) gibt zu bedenken, dass die Grünen-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände noch nicht vorliege. Vor diesem Hintergrund plädiere auch er dafür, auf ein Votum zu verzichten. Er als Ostwestfale sei froh, dass sich eine gesamte Region an einen Tisch gesetzt und entsprechende Vorarbeiten geleistet habe. Die Schlagzeile in der Presse "Neues Zeitalter in OWL" mache deutlich, dass OWL hinter dem Gesetzentwurf der Landesregierung stehe. Sicherlich stelle dies erst einen Anfang dar, und es müsse noch vieles unternommen werden. Seine Fraktion sei bereit, weitere Schritte in diesem Bereich zu unternehmen, allerdings nur in dem Bereich, für den das Land zuständig sei.

Theo Kruse (CDU) teilt mit, alle Fraktionen seien der Auffassung, dass man einen Bürokratieabbau benötige. Vor dem Hintergrund, dass nunmehr die Landesregierung einen Gesetzentwurf zum Bürokratieabbau vorlege, den alle Fraktionen unterstützten, hielte er es für sinnvoll, wenn ein Votum abgegeben würde. Der Abgeordnete beantragt, über den Gesetzentwurf der Landesregierung abzustimmen.

Monika Düker (GRÜNE) sagt, dass sie vorbehaltlich etwaiger Bedenken seitens der kommunalen Spitzenverbände bereit sei, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen. - In Anbetracht dessen plädiere auch seine Fraktion für Abstimmung, so **Jürgen Jentsch (SPD)**.

Ausschuss für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
51. Sitzung (öffentlich)

08.01.2004

rt-be

Einstimmig empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Frank Baranowski (SPD) sagt, vor dem Hintergrund, dass in der Geschäftsordnung ein Anhörungsrecht der kommunalen Spitzenverbände verankert sei, stelle sich die Frage, ob eine Abstimmung überhaupt hätte stattfinden dürfen.

Stellv. Vorsitzender Karl Peter Brendel teilt mit, eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände müsse vor der Beschlussfassung des federführenden Ausschusses durchgeführt worden sein. Nichtsdestotrotz wäre es sinnvoll gewesen, wenn diese Frage vor der Beschlussfassung gestellt worden wäre.

5 Modellregion OWL fördern und unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4562

Jürgen Jentsch (SPD) sagt, seines Wissens habe der - federführende - Wirtschaftsausschuss einstimmig entschieden, den Antrag für erledigt zu erklären. Von daher sei eine Beschlussfassung in diesem Ausschuss nicht mehr notwendig.

Theo Kruse (CDU) ist der Auffassung, dass über diesen Antrag abgestimmt werden sollte. Da der Antrag in fast allen Punkten mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung übereinstimme, hoffe er, dass die Koalitionsfraktionen diesem Antrag zustimmten.

Frank Baranowski (SPD) beantragt vor dem Hintergrund, dass dieser Antrag im federführenden Ausschuss für erledigt erklärt worden sei, den Antrag für erledigt zu erklären.

Theo Kruse (CDU) bittet darum, zu klären, ob es möglich sei, einen Antrag gegen den Willen der antragstellenden Fraktion für erledigt zu erklären.

Stellv. Vorsitzender Karl Peter Brendel teilt mit, § 88 Abs. 6 der Geschäftsordnung sei Folgendes zu entnehmen:

"Ein Antrag kann für erledigt erklärt werden, wenn das Begehren der Antragstellerin bzw. des Antragstellers erfüllt worden oder der Antrag wegen Änderung der dem Antrag zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände überholt ist."

Vor diesem Hintergrund habe der federführende Ausschuss beschlossen, den Antrag für erledigt zu erklären.